



Positionen der Parteien zur Inneren Sicherheit und Kernforderungen der GdP an die Politik



Gewerkschaft
der Polizei NRW

Zur bevorstehenden Landtagswahl hat die GdP NRW die Programme der im Parlament vertretenen Parteien, sowie der Linken und der AfD auf ihre Aussagen zur Inneren Sicherheit hin überprüft und die Aussagen entlang zentraler Themenfelder zusammengefasst. Dem stellt die GdP keine Wahlempfehlung, sondern einen eigenen Katalog von Kernforderungen für die Weiterentwicklung der Inneren Sicherheit und der Polizei in der kommenden Legislaturperiode gegenüber. Dieser Katalog greift auf den Forderungsbestand der GdP zurück, der in zahlreichen Positionspapieren detailliert dargestellt ist.

Fragen der Inneren Sicherheit spielen im aktuellen Wahlkampf eine herausragende Rolle. Das ist angesichts der vielfältigen Herausforderungen durch Kriminalität und Terrorismus auch richtig so. Nicht hinnehmbar ist für die GdP der Versuch von Parteien am rechten Rand, das Thema Innere Sicherheit für ihre populistischen Parolen zu missbrauchen.

Die GdP versteht sich als Einheitsgewerkschaft. Sie ist parteipolitisch ungebunden, aber nicht neutral. Deshalb fehlt in der folgenden Zusammenstellung die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Die Begründung dafür befindet sich auf Seite 22.



**Gewerkschaft
der Polizei NRW**

Behördenstruktur

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	F.D.P.	Die Linke
keine Veränderung der äußeren Struktur	keine Veränderung der äußeren Struktur	Strukturreform mit Reduzierung der Zahl der Kreispolizeibehörden		
	Verbesserung der Organisationsabläufe innerhalb und zwischen den Behörden	Modellversuch in der Städteregion Aachen		

GdP-Forderungen:

- ➔ Bürgernahe Polizeiarbeit stärken: 47 Kreispolizeibehörden erhalten
- ➔ Kritische Prüfung des „zweigeteilten Behördenaufbaus“
- ➔ Polizeiliche Fachlichkeit im Innenministerium stärken:
Polizeiabteilung muss von einem/er Polizeivollzugsbeamten/-in geführt werden
- ➔ Kritische Überprüfung der Binnenstruktur der Kreispolizeibehörden (Direktionsmodell)

Einstellungsverfahren/-zahlen

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	F.D.P.	Die Linke
Neueinstellungen bis zur Grenze der Ausbildungskapazität, Nachersatz für alle Pensionierungen sicherstellen und Polizeistärke erhöhen	Erhöhung der Einstellung von Kommissaranwärtern/-innen auf 2300	Einstellungen auf hohem Niveau beibehalten	Mehr Personal, bessere Präsenz vor Ort	
Ausbau der Ausbildungskapazitäten unter Beibehaltung der aktuellen Qualitäts- und Verwendungsstandards				
Qualifizierte Tarifbeschäftigte zur Entlastung des Vollzugsbereichs einstellen, dazu gehören auch Fachleute (Informatiker, Wirtschaftsprüfer, Bankkaufleute etc.)	Verlagerung von Verwaltungsaufgaben von Polizeivollzugsbeamten auf Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte		Ausreichende Assistenzkräfte für Verwaltungsarbeit einstellen	
		Gezielte Anwerbung von Personal mit Migrationshintergrund		
Außendienst der Ordnungsbehörden in No-Go-Areas		Keine Einrichtung einer Hilfspolizei		

GdP-Forderungen:

- ➔ Polizeistärke erhöhen
- ➔ Ab 2017: 2300 Einstellungen von Kommissaranwärtern/-innen pro Jahr
- ➔ Erhöhung des Verwaltungspersonals in den Kreispolizeibehörden, um Polizeivollzugsbeamte von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten, durch:
 - Anzahl der Verwaltungsbeamten bei der Polizei deutlich erhöhen
 - Wegfall der 350 KW-Vermerke aus dem 15-Punkte-Programm von 2016 im Tarifbereich
 - 500 zusätzliche Regierungsbeschäftigte einstellen für IT, EPOS.NRW etc.
- ➔ Wiedereinstellung von 50 Küchenkräften um die Privatisierung der Einsatzküchen zu beenden
- ➔ Überprüfung der Personalwerbung sowie des Auswahl- und Einstellungsverfahrens insbesondere zur verstärkten Gewinnung von Bewerbern mit Berufserfahrung und Fachhochschulreife und zur Regionalisierung der Verfahren

Personalverteilung

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	F.D.P.	Die Linke
Stärkung Polizei im ländlichen Raum	Polizeivollzugsbeamte verstärkt in operative Bereiche bringen			
Anteil Kripo am Personalbestand deutlich erhöhen	Verdoppelung der Bezirksbeamten	Höhere und verbindliche Zahl von Bezirksbeamten pro Einwohnerzahl	Personal für beschleunigte Verfahren in Kreispolizeibehörden	
Verdopplung Ermittlungskommissionen für Tageswohnungseinbrüche	Personelle Erhöhung an Kriminalitätsschwerpunkten in Kreispolizeibehörden und LKA		Personalstarke Ermittlungskommissionen für Banden- und Rockerkriminalität	
Verfassungsschutz personell gut ausstatten			Schlagkräftige Einsatztrupps für Tageswohnungseinbrüche und Straßenkriminalität	
			Personelle Aufstockung Staats und Verfassungsschutz zur Bekämpfung Volksverhetzung	
			Mehr Schwerpunkteinsätze für Bereitschaftspolizeihundertschaften	

GdP-Forderungen:

- ➔ Gewährleistung einer an der Polizeistärke ausgerichteten Personalstärke über ein ausreichendes Potential für die Kräfteverteilung zu verfügen
- ➔ Belastungsbezogene Kräfteverteilung fortentwickeln:
 - erfolgreiche Polizeiarbeit in den Kreispolizeibehörden darf nicht durch „den Abzug“ von Kräften bestraft werden
 - Leistungsfähigkeit der Landratsbehörden muss durch behördenspezifische Sockelstellen gewährleistet werden

Aus- und Fortbildung

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	F.D.P.	Die Linke
Leistungsfähige und gut ausgebildete Polizeivollzugsbeamte	Gut ausgebildete Polizeivollzugsbeamte	Gute Ausbildung der Mitarbeiter/-innen	Realschüler mit späterem Aufstieg	Polizei muss demokratisch strukturiert werden
Bewerber mit mittlerem Bildungsabschluss zulassen		Verbesserung Aus- und Fortbildung zum Schutz vor Gewalt		
Die zweigeteilte Laufbahn wird nicht angetastet			Erhalt der zweigeteilten Laufbahn	
Prüfung, ob Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten mit verkürzter Ausbildungszeit übernommen werden können				

GdP-Forderungen:

- ➔ Aus- und Fortbildung unter einem Dach: Fachhochschule Polizei errichten
- ➔ Die einheitliche Ausbildung in einem Bachelorstudiengang Polizeivollzugsdienst muss der Grundbaustein für die Personalentwicklung aller Polizeivollzugsbeamten bleiben
- ➔ Einführungsfortbildungen für alle operativen Funktions-/Verwendungsbereiche
- ➔ Notwendige Anpassungsfortbildungen müssen in Personalentwicklungskonzepten verbindlich vorgegeben werden

Aufgabenkritik

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	F.D.P.	Die Linke
Beendigung des Blitzmarathons	Zusammenspiel der Behörden effizienter gestalten	Sachfahndung intensivieren	Entlastung von Aufgaben der Ordnungsbehörden	Konzentration auf wesentliche Aufgaben: Gewalt, Kriminalität, Verkehr
Tatortarbeit mit festen Teams speziell geschulter Beamte intensivieren, Anzahl der Ermittlungskommissionen erhöhen	Zusammenarbeit zwischen Ordnungs- und Sicherheitsbehörden verbessern	Hunde und Pferde nur noch im engen Rahmen bei Großveranstaltungen einsetzen	Erstzuständigkeit Ruhestörung Ordnungsbehörden	
Feste Teams in Ermittlungskommissionen	Ordnungspartner-schaften ausbauen		Keine Begleitung von Schwertransporten durch die Polizei	
	Kriminalpräventive Räte öffnen		Abschaffung des Objektschutzes bei der Polizei	
Aufbau Cybersecurity Kompetenzzentrum, Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden mit anerkannten Hilfsorganisationen zur Abwehr von Cyberattacken intensivieren	Unterstützung Bereitschaftspolizeihundertschaften in anderen Bundesländern reduzieren		Vorsorge: Privat vor Staat	
Verstärkter Einsatz von Predictive Policing und regelmäßige Evaluation			Schwerpunkte auf Rocker- und Bandenkriminalität sowie Wohnungseinbruchskriminalität setzen	Kein Einsatz von Predictive Policing
Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (andere Bundesländer, Niederlande und Belgien), gemeinsames Konzept zur Identifikation von Intensivtätern, Förderung des Einsatzes gemeinsamer Ermittlungsgruppen			Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz	
Einsatz von Videoüberwachung auch für Kommunen prüfen			Schwerpunkteinsätze der Bereitschaftspolizeihundertschaften	

GdP-Forderungen:

- Entlastung der Polizei von polizeifremden Aufgaben
- Die Aufgabenwahrnehmung für kommunale Ordnungsbehörden muss sich auf Ausnahmefälle beschränken
- Ordnungs- und Sicherheitspartnerschaften ausbauen und konsequent nutzen
- Wiedereinführung der Einsatzküchen aus Kosten- und Qualitätsgründen
- Bessere Verzahnung von Aufgaben des Wach-, Ermittlungs- und Bezirksdienstes in den Polizeidienststellen vor Ort
- Entlastung der Polizeivollzugsbeamten von Verwaltungstätigkeiten

Kriminalpolitik

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	F.D.P.	Die Linke
Schwerpunkt Tageswohnungseinbruch und Diebstahl	Präventionsprogramme weiter ausbauen (Kurve kriegen, Klar kommen, Wegweiser, Riegel vor)	Deradikalisierung und Präventionsarbeit Islamismus verbessern	Verstärkter Einsatz von beschleunigten Verfahren im Strafrecht	Der Staat muss Polizisten wirksamer kontrollieren
Bündelung von Ermittlungen gegen länders- oder grenzüberschreitende Tätergruppen zentral bei einer Staatsanwaltschaft in NRW (Täterprinzip)	Angsträume beseitigen, Nachbarschaft stärken	Alle repressiven Mittel gegen Rechtsextremismus nutzen		Gewalt von Polizeivollzugsbeamten darf nicht toleriert werden
Härtere Strafen Tageswohnungseinbruch	1000 helle Plätze	Eigenes Versammlungsgesetz NRW prüfen	Häuser des Jugendrechts einführen	Weniger Videoüberwachung
Einsatz Telekommunikationsüberwachung im Rahmen Tageswohnungseinbruch und Gefahrenabwehr	Beschleunigte Strafverfahren intensiver nutzen	Einbruchschutz in der BauO verankern	Drogenmissbrauch: Mehr Therapie statt Strafe	Regelung Bodycam streichen
Gewinnabschöpfung zur Bekämpfung Organisierter Kriminalität unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten nutzen, breitere Rechtsgrundlage für die präventive Vermögenssicherung schaffen				
Kriminelle Ausländer konsequent abschieben, Ermittlungskompetenzen im Bereich Bandenkriminalität der Mitarbeiter der Ausländerbehörden fachpraktisch stärken	Häuser des Jugendrechts einführen	Volksverhetzungsparagraphen ausweiten um Frauen besser gegen Gewalt zu schützen	Bandenkriminalität stärker bekämpfen	Keine Verwendung biometrischer Daten
„Angst-Räume“ wirksam bekämpfen, Überprüfung der Sicherheitslage an Bahnhöfen und im Umfeld	Terrorabwehr stärken (Aufklärung und Prävention gegen politischen Extremismus)	Geldwäscheverdachtsmeldung ab 10.000 Euro	Keine No-Go-Areas zulassen	Polizeiliche Datenspeicherung nur in Ausnahmefällen
Ausweitung der Überwachung sozialer Netzwerke, um Gefährder frühzeitig zu identifizieren				

Kriminalpolitik

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	F.D.P.	Die Linke
Schleierfahndung	Digitale Fahndung stärken, Kriminalität im Internet	Keine Ausweitung der Videoüberwachung	Einbruchs- und Straßenkriminalität stärker in den Fokus nehmen	Verbot für die Nutzung von IMSI-Catchern und Funkzellenauswertung
Islamistischer Terrorismus	Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum verhindern	Keine Nutzung von Gesichtserkennungssoftware	Sicherheit im ÖPNV durch wirksamere Präsenz der Polizei	
Elektronische Fußfessel	Bauliche Maßnahmen Einbruchschutz durch Selbstverpflichtung und Förderprogramme stärken	Keine Nutzung der Vorratsdatenspeicherung	Konsequente Bekämpfung von Gewalt bei Fußballspielen, u. a. durch Meldeauflagen	Abschaffung der Rasterfahndung
Unterbringungsge-wahrsam ausweiten		Keine Nutzung von Fluggastdaten		Keine Vorratsdatenspeicherung
Hassprediger und Gefährder konsequent ausweisen	Terrorabwehr stärken durch Polizei, Staats- und Verfassungsschutz		Videoüberwachung unter strengen Voraussetzungen im Polizeigesetz besser regeln und im Konzert mit Interventionskräften verstärkt nutzen	Abschaffung der Vermieterbescheinigung im Melderecht
Einbürgerungen von Extremisten verhindern oder rückgängig machen	konsequent gegen Hass und Extremismus vorgehen		Islamistischen Terrorismus bekämpfen durch: 1. Sympathieszenen nicht dulden, 2. Werbung im öffentlichen Raum nicht zulassen. 3. Instrument des Vereinsverbots verstärkt nutzen	Anspruch auf grundlose Auskunftssperre für alle im Melderecht
Konsequente Anwendung Abschiebehaft				Beendigung diskriminierender Maßnahmen wie ‚racial profiling‘
Islamistische Spendensammelvereine verbieten				Kein Einsatz der Bundeswehr im Inneren zur Terrorismusbekämpfung
Sympathiewerbung unter Strafe stellen				Rechte Straftaten konsequent aufklären
Digitales Kompetenzzentrum in Abstimmung mit den Bundesbehörden zur Terrorabwehr aufbauen			Verstärktes Vorgehen gegen Volksverhetzung (Extremismus und Rassismus) durch: 1. Unterbinden von Hetze im Netz, 2. PEGIDA und HOGESA durch Verfassungsschutz beobachten 3. Konsequentes vorgehen gegen links-extreme Straftaten	Weniger Freiheitsstrafen verhängen

Kriminalpolitik

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	F.D.P.	Die Linke
Aufklärungsprogramme gegen Links- und Rechtsextremismus fördern. Förderung insbesondere links-extremer Strukturen beenden				
Konsequentes Vorgehen gegen Links- und Rechtsextremismus mit allen Mitteln des Rechtsstaats				
Präventions- und Aufklärungsarbeit gegen Radikalisierung im Strafvollzug verstärken				Keine Freiheitsstrafen für Bagatelldelikte
Verfassungsschutz leistungsfähig aufstellen				Keine Abschiebung von Straftätern
Aufweichung der Grenzen für den straflosen Eigenbesitz von BTM rückgängig machen, Drogenkriminalität wirksam bekämpfen				Cannabis legalisieren
Online-Durchsuchung			Gewaltmonopol des Staats durchsetzen	Einziehungsmöglichkeiten für den Führerschein bei Rauschgiftmissbrauch begrenzen
Ergänzung Sicherheitspartnerschaften Kommunale Präventionsräte			Lückenlose Überwachung von Gefährdern	Verfassungsschutz abschaffen
Ehrenamtliche Sicherheitsberater			bestehende Rechtsgrundlagen ausschöpfen, statt neue zu schaffen	Kein Einsatz von V-Leuten
Schwerpunkt Staatsanwaltschaft für organisierten Sozialmissbrauch			Keine Vorratsdatenspeicherung	Ursachen von Gewaltkriminalität bekämpfen
Anpassung des Strafrechts und des Strafprozessrechts an die digitale Welt			Keine Alkoholverbote in der Öffentlichkeit	
Stärkung des Adhäsionsverfahrens			Keine Verkaufsverbote für Alkohol	
Sicherheit im ÖPNV verbessern				

Kriminalpolitik

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	F.D.P.	Die Linke
Präventionsarbeit der Kommunen gegen Radikalisierung unterstützen			Schwerpunkt Staatsanwaltschaft für Cybercrime einrichten	

GdP-Forderungen:

- ➔ Kriminalpolizei personell stärken, Fachkarrieren fördern
- ➔ Zusammenarbeit mit Justiz verbessern, örtliche Zuständigkeitsüberlagerungen beseitigen
- ➔ Beschleunigtes Verfahren nach der StPO intensiver nutzen
- ➔ Cybercrime offensiv bekämpfen
- ➔ Verstärkte Nutzung der Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten mit Interventionskräften
- ➔ Bessere Architektur zum Informationsaustausch auf Bundes- und EU-Ebene schaffen
- ➔ Hinweis auf Schiedsmann bei Privatklagedelikten ermöglichen
- ➔ Gesetzesinitiativen starten:
 - Meldeauflagen als Standardmaßnahme im PolG NRW
 - Präventiv-polizeiliche Telekommunikationsüberwachung im PolG NRW regeln
 - Schleierfahndung ermöglichen
 - Speicherfrist von Verkehrsdaten auf sechs Monate erhöhen
 - „Wohnortprinzip“ auch bei der Strafverfolgung von erwachsenen Intensivtätern
 - Erweiterung des Straftatenkataloges des § 100 a StPO (z. B. um Seriidelikte)
 - Angleichung des Straftatenkataloges des § 100 g an 100 a StPO
 - Beweislastumkehr und Gewinnabschöpfung bei der Bekämpfung Organisierter Kriminalität
 - Veränderung Landfriedensbruchstatbestand im StGB
 - Die niederschwellige Kriminalität (z. B. Schwarzfahren) als OWi qualifizieren

Ausstattung und Technik

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	F.D.P.	Die Linke
Defizite in der Ausstattung beseitigen und gleiche Werkzeuge wie andere Bundesländer zur Verfügung stellen	Verbesserung der Technik , z. B. Tablets	Verbesserte Schutzausstattung gegen Gewalt	Smartphones und Tablets im Streifenwagen flächendeckend zur Verfügung stellen	Wasserwerfer abschaffen
Videobeobachtung mit Mustererkennung (Gesichtserkennung, automatisierter Kennzeichenabgleich)				
Bodycam einführen	Bodycam einführen			Einsatz von Pfefferspray reduzieren
Beschaffung moderner Kommunikationsmittel für die Polizei				
DEIG flächendeckend einführen			Einatzmittel DEIG nutzen	
Akustische Wohnraumüberwachung				
Onlineüberwachung				
Elektronische Fußfessel zur Gefahrenabwehr				
Abschaffung Kennzeichnungspflicht Bereitschaftspolizeihundertschaften	Kennzeichnungspflicht bleibt			Namentliche Kennzeichnungspflicht für alle Polizeivollzugsbeamten

GdP-Forderungen:

- ➔ Defizite beseitigen: Investitionsoffensive Technik und Ausstattung
 - Einsatz moderner mobiler IT-Lösungen zur Unterstützung für alle Einsatzkräfte
 - Programm IT 2025 für die Polizei - Potentiale der Digitalisierung von Prozessen konsequent nutzen, Modernisierungsrückstand bei polizeilicher Informations- und Kommunikationstechnik auflösen
- ➔ Streifenwagen als Arbeitsplatz umfassend modernisieren, bedarfsgerechten Fahrzeugmix sicherstellen
- ➔ Pilotprojekt zur Einführung von Distanz-Elektro-Impulsgerät (DEIG)
- ➔ Offensive Prüfung der Nutzung technischer Möglichkeiten zur Fahndungsunterstützung (Gesichtserkennung, Big Data Analysen, usw.)
- ➔ Besserer Schutz polizeilicher IT-Infrastruktur gegen Angriffe und Ausfälle
- ➔ Kennzeichnungspflicht abschaffen

Dienstrecht und Besoldung

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	F.D.P.	Die Linke
Zielgerichtete Frauenförderung		Arbeitnehmerfreundliche Schichtdienstmodelle		
Leistungsprinzip nicht einschränken		Freiwillige Mitgliedschaft Beamte in der gesetzlichen Krankenversicherung		
		Zielquote Frauen 50 %		
		Schutz von Whistleblowern im Öffentlichen Dienst		
		Heimarbeitstag für ehrenamtlichen Einsatz bei Feuerwehr und Hilfsorganisationen		

GdP-Forderungen:

- ➔ Erhöhung der Zulagen nach der Erschwerniszulagenverordnung z. B. Dienst zu ungünstigen Zeiten
- ➔ Kein Verfall von Überstunden, Langzeitkonten für alle Beschäftigten in allen Behörden einführen
- ➔ Fachkarrieren stärken
- ➔ B-Besoldung für die Spitzenfunktionen des höheren Dienstes der Polizei in den Kreispolizeibehörden öffnen
- ➔ Dienstvereinbarung zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege

Laufbahnrecht

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	F.D.P.	Die Linke

GdP-Forderungen:

- Zweigeteilte Laufbahn konsequent fortentwickeln
- Deckelungsbeschluss aufheben und Stellenanteil A 12 und A 13 im gehobenen Dienst sofort auf 25 % erhöhen
- Stellenanteil höherer Dienst auf 3 % erhöhen
- Reform der LVOPol mit dem Ziel erhöhter Durchlässigkeit, Aufstiegsmöglichkeit in die Laufbahngruppe 2 (höherer Dienst) verbessern
- Funktion Polizeipräsident/-in für Polizeivollzugsbeamte öffnen
- Stellenbewertung für Verwaltungsfunktionen in der Polizei verbessern
- Einstellung und Ausbildung von Verwaltungsbeamten in den Polizeibehörden

Verkehrssicherheit

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	F.D.P.	Die Linke

GdP-Forderungen:

- Geschwindigkeitsüberwachung durch die Polizei nur mit Anhalten
- Polizei durch Fortbildungsoffensive in die Lage versetzen, qualifizierte Kontrollen (insbesondere Schwerlastverkehr) durchzuführen
- Einsatz moderner Technik zur Verkehrsüberwachung, z. B. Section Control
- Anerkennung der Atemalkoholanalyse
- Verpflichtender Einbau von Unfalldatenschreibern in alle Kraftfahrzeuge
- Halterhaftung bei besonders unfallträchtigen Ordnungswidrigkeiten

Sonstiges

CDU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	F.D.P.	Die Linke
		Polizeibeauftragter analog Wehrbeauftragter mit Schlichtungsfunktion bei Beschwerden	Ombudsmann für Polizeibesetzte (analog Wehrbeauftragter)	Polizeibeauftragter beim Landtag
				Sonderdezernat Staatsanwaltschaft für Polizei
				Aufgabe Vermummungsverbot
				Verbot von „Schutzwaffen“
				Keine Anmeldepflicht und weniger Auflagen bei Versammlungen
				Keine Videoüberwachung und namentliche Erfassung von Ordnern

GdP-Forderungen:

- ➔ Polizeibeauftragter als Sonderkontrollinstanz nicht erforderlich

Zusammenfassung

GdP-Forderungen:

Behördenstruktur	Bürgernahe Polizeiarbeit stärken: 47 KPB erhalten	Kritische Prüfung des „zweigeteilten Behördenaufbaus“	Polizeiliche Fachlichkeit im MIK stärken: Polizeiabteilung muss von PVB geführt werden	Kritische Überprüfung der Binnenstruktur der KPB (Direktionsmodell)
Einstellungsverfahren/-zahlen	Polizeistärke erhöhen	Erhöhung des Verwaltungspersonals in den KPB, um PVB von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten, durch: - Anzahl der Verwaltungsbeamten deutlich erhöhen - Wegfall der 350 KW-Vermerke aus dem 15-Punkte-Programm von 2016 im Tarifbereich - 500 zusätzliche Regierungsbeschäftigte einstellen für IT, EPOS.NRW etc.		
Personalverteilung	Gewährleistung einer an der Polizeistärke ausgerichteten Personalstärke über ein ausreichendes Potential für die Kräfteverteilung zu verfügen	Belastungsbezogene Kräfteverteilung fortentwickeln:		
		erfolgreiche Polizeiarbeit in den Kreispolizeibehörden darf nicht durch „den Abzug“ von Kräften bestraft werden	Leistungsfähigkeit der Landratsbehörden muss durch behördenspezifische Sockelstellen gewährleistet werden	
Aus- und Fortbildung	Aus- und Fortbildung unter einem Dach: Fachhochschule Polizei errichten	Die einheitliche Ausbildung in einem Bachelorstudiengang Polizeivollzugsdienst muss der Grundbaustein für die Personalentwicklung aller PVB bleiben	Einführungsförderungen für alle operativen Funktions-/Verwendungsbereiche	Notwendige Anpassungsförderungen müssen in Personalentwicklungskonzepten verbindlich vorgegeben werden
Aufgabenkritik	Entlastung der Polizei von polizeifremden Aufgaben	Die Aufgabenwahrnehmung für kommunale Ordnungsbehörden muss sich auf Ausnahmefälle beschränken	Ordnungs- und Sicherheitspartnerschaften ausbauen und konsequent nutzen	Wiedereinführung der Einsatzküchen aus Kosten- und Qualitätsgründen
Kriminalpolitik	Kriminalpolizei personell stärken, Fachkarrieren fördern	Zusammenarbeit mit Justiz verbessern, örtliche Zuständigkeitsüberlagerungen beseitigen	Beschleunigtes Verfahren nach der StPO intensiver nutzen	Cybercrime offensiv bekämpfen
	Verstärkte Nutzung der Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten mit Interventionskräften	Bessere Architektur zum Informationsaustausch auf Bundes- und EU-Ebene schaffen	Hinweis auf Schiedsmann bei Privatklagedelikten ermöglichen	
Ausstattung und Technik	Defizite beseitigen: Investitionsoffensive Technik und Ausstattung			Streifenwagen als Arbeitsplatz umfassend modernisieren, bedarfsgerechten Fahrzeugmix sicherstellen
	Einsatz moderner mobiler IT-Lösungen zur Unterstützung für alle Einsatzkräfte	Programm IT 2025 für die Polizei - Potentiale der Digitalisierung von Prozessen konsequent nutzen, Modernisierungsrückstand bei polizeilicher Informations- und Kommunikationstechnik auflösen		
Dienstrecht und Besoldung	Erhöhung der Zulagen nach der Erschwerniszulagenverordnung z. B. Dienst zu ungünstigen Zeiten	Kein Verfall von Überstunden, Langzeitkonten für alle Beschäftigten in allen Behörden einführen	Fachkarrieren stärken	B-Besoldung für die Spitzenfunktionen des höheren Dienstes der Polizei in den Kreispolizeibehörden öffnen
Laufbahnrecht	Zweigeteilte Laufbahn konsequent fortentwickeln	Deckelungsbeschluss aufheben und Stellenanteil A 12 und A 13 im gehobenen Dienst sofort auf 25 % erhöhen	Stellenanteil höherer Dienst auf 3 % erhöhen	Reform der LVOPol mit dem Ziel erhöhter Durchlässigkeit, Aufstiegsmöglichkeit in die Laufbahngruppe 2 (höherer Dienst) verbessern
Verkehrssicherheit	Geschwindigkeitsüberwachung durch die Polizei nur mit Anhalten	Polizei durch Fortbildungsoffensive in die Lage versetzen, qualifizierte Kontrollen (insbesondere Schwerlastverkehr) durchzuführen	Einsatz moderner Technik zur Verkehrsüberwachung, z. B. Section Control	Anerkennung der Atemalkoholanalyse
Sonstiges	Polizeibeauftragter als Sonderkontrollinstanz nicht erforderlich			

Zusammenfassung

Ab 2017: 2300 Einstellungen von Kommissaranwärtern/-innen pro Jahr	Wiedereinstellung von 50 Küchenkräften um die Privatisierung der Einsatzküchen zu beenden	Überprüfung der Personalwerbung sowie des Auswahl- und Einstellungsverfahrens insbesondere zur verstärkten Gewinnung von Bewerbern mit Berufserfahrung und Fachhochschulreife und zur Regionalisierung der Verfahren		
Bessere Verzahnung von Aufgaben des Wach-, Ermittlungs- und Bezirksdienstes in den Polizeidienststellen vor Ort	Entlastung der Polizeivollzugsbeamten von Verwaltungstätigkeiten			
Gesetzesinitiativen starten:				
Meldeauflagen als Standardmaßnahme im PolG NRW	Präventiv-polizeiliche Telekommunikationsüberwachung im PolG NRW regeln	Schleierfahndung ermöglichen	Speicherfrist von Verkehrsdaten auf sechs Monate erhöhen	„Wohnortprinzip“ auch bei der Strafverfolgung von erwachsenen Intensivtätern
Erweiterung des Straftatenkatalogs des § 100 a StPO (z. B. um Serielikte)	Angleichung des Straftatenkataloges des § 100 g an 100 a StPO	Beweislastumkehr und Gewinnabschöpfung bei der Bekämpfung Organisierter Kriminalität	Veränderung Landfriedensbruchstatbestand im StGB	Die niederschwellige Kriminalität (z. B. Schwarzfahren) als OWi qualifizieren
Pilotprojekt zur Einführung von Distanz-Elektro-Impulsgerät (DEIG)	Offensive Prüfung der Nutzung technischer Möglichkeiten zur Fahndungsunterstützung (Gesichtserkennung, Big Data Analysen, usw.)	Besserer Schutz polizeilicher IT-Infrastruktur gegen Angriffe und Ausfälle	Kennzeichnungspflicht abschaffen	
Dienstvereinbarung zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege				
Funktion Polizeipräsident/-in für Polizeivollzugsbeamte öffnen	Stellenbewertung für Verwaltungsfunktionen in der Polizei verbessern	Einstellung und Ausbildung von Verwaltungsbeamten in den Polizeibehörden		
Verpflichtender Einbau von Unfalldatenschreibern in alle Kraftfahrzeuge	Halterhaftung bei besonders unfallträchtigen Ordnungswidrigkeiten			

Anmerkung

Die AfD ist ein parteipolitisches Sammelbecken für Rechtsextremisten und Rechtspopulisten, die unseren sozialen Zusammenhalt gefährden. Verbale Ausgrenzung von Minderheiten und Hassreden sind nicht die Ausnahme, sondern die Regel.

Die AfD ist eine Partei, die eine vielfältige und offene Gesellschaft ablehnt, ein rückwärts-gewandtes Familienbild propagiert, europafeindlich ist, und den Schulterschluss mit der äußersten Rechten in Europa sucht. Sie ist keine „Alternative“.

Die AfD lehnt wesentliche Grundwerte der Gewerkschaften ab. Ihre Funktionsträgerinnen und Funktionsträger greifen das parlamentarische System der Bundesrepublik Deutschland an, ihre Äußerungen sind immer wieder beleidigend, abwertend und dazu geeignet, Rassismus und Rechtsextremismus sowie Vorbehalte und Vorurteile gegen Minderheiten zu schüren. Das hat mit demokratischer Debattenkultur nichts zu tun.

Das Grundsatzprogramm der AfD steht für Ausgrenzung und Abschottung, es ist eine Rolle rückwärts bei zentralen gesellschaftlichen Themen von der Abtreibung bis zur Wehrpflicht. Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik dagegen spielen kaum eine Rolle. Aussagen dazu sind geprägt von neoliberalen Rezepten für die Wirtschaft, inklusive wohlbekannten Forderungen nach hemmungslosem Bürokratieabbau und ungezügelter Deregulierung. Beim Renteneintrittsalter tritt sie dafür ein, dies flexibel an die steigende Lebenserwartung anzupassen.

Insgesamt verfolgt die AfD in Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik einen neoliberalen, neokonservativen Kurs, verbunden mit nationalistischen und völkischen Vorstellungen.

Die Programmatik der AfD in ihrer Gesamtheit, ihre Strategien und ihre Forderungen – auch wenn einzelne auch im NRW-Wahlkampf vorgetragene Positionen Anknüpfungspunkte an gewerkschaftliche Forderungen beinhalten – stehen im Widerspruch zu gewerkschaftlichen Grundpositionen und Grundwerten. Daher ist die AfD, auch in NRW, kein Kooperationspartner für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Positionen und Forderungen. Sie ist als Partei mit antigewerkschaftlichen Positionen einzustufen.

Die GdP begegnet all dem mit einem klaren Kurs. Wir folgen dabei nicht nur unserer Satzung, die mit ihren Regeln zum Umgang mit undemokratischen Vereinigungen und Parteien einen klaren Kompass für unser Handeln darstellt. Wir folgen darüber hinaus einer tiefen inneren Überzeugung, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat sind unsere Werte; sie zu schützen und auszubauen ist Motivation für unser Handeln. Populistische Ausgrenzungsparolen untergraben dieses Fundament und treiben den Keil der Spaltung in unsere offene Gesellschaft.

Für die GdP-NRW gelten vor diesem Hintergrund die folgenden Grundsätze:

- GdP-Vertreter und Vertreterinnen gehen nicht zu Veranstaltungen der AfD.
- Die GdP lädt die AfD nicht zu eigenen Veranstaltungen ein.
- Wenn Dritte die AfD und die GdP einladen, wird mit ihnen diskutiert.

Wir mischen uns ein.



**Gewerkschaft
der Polizei NRW**

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Jan Velleman
Gudastr. 5 - 7, 40625 Düsseldorf
Hotline: 0211/29 10 110
Telefon: 0211/29 10 131
E-Mail: jan.velleman@gdp-nrw.de

www.gdp-nrw.de